

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

ersch. 2mal täglich, am Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch Träger u. a. ausd. Bezugspreis frei im Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Kurfürst. 11. Fernruf Nr. 3515, 3516, 3517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz (Hessen-Nassau) 30 Pf., Reichweite 1.25 M.; außerhalb 25 Pf., Reichweite 1.75 M. Zeitungspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbelegungen 60 Pf. pro 1000.

Nummer 246

Mittwoch, 28. Mai 1919.

75. Jahrgang.

Letzte Nachrichten

Drahtmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Aus Versailles.

nz. Paris, 27. Mai. (Gavas.)

Der Vierzehn-Punkte-Entwurf allein. Er prüfte die Note des Staatssekretärs Renner, die in sehr höflichen und gemessenen Ausdrücken gegen die Verzögerung der Mitteilung der Friedenspräliminarien an die österreichische Regierung protestiert. Der Rat war der Ansicht, soweit als möglich diesem berechtigten Begehren nachzukommen. Es ist deshalb möglich, daß den österreichischen Delegierten gegen Ende der Woche der Friedensvertrag wenigstens teilweise übermittelt wird. Es wurde aber keine definitive Entscheidung getroffen.

Was die deutschen Gegenentwürfe betrifft, so glaubt man in gewissen Kreisen, daß sie Dienstag fertiggestellt sein werden und daß sie Graf Brockdorff am Mittwoch übergeben werde, daß er sich somit an die schließliche Feil, die am 29. Mai, nachmittags 3 Uhr, zu Ende geht, halten wird. Der deutsche Druckereinsatz ist am Sonntag in Versailles eingetroffen. Man arbeitet Tag und Nacht an der Herstellung des Gegenentwurfes, der der Konferenz in englischer, französischer und deutscher Sprache übergeben werden wird.

Der Brückentopf Breisach.

nz. Nach dem vor einiger Zeit eine französische Truppenstellung auf dem rechten Brückentopf der alten Bahnbrücke bei Breisach zerstört hatte, haben jetzt französische Pontiere mit der Herstellung der Schiffsbrücke begonnen. Die am Heiligen Abend des vorigen Jahres durch das Hochwasser des Rheines zerstört worden war.

Ein Koalitionskabinet in Bayern.

nz. Basel, 26. Mai. (Gavas.)

Aus Bamberg wird gemeldet: Der in Nürnberg lebende Sozialistenkongress hat mit 217 gegen 41 Stimmen sich für die Bildung eines Koalitionskabinetts erklärt, das sich in den nächsten Tagen bilden soll. Als Kandidaten für das Finanzministerium wird der Zentrumsgesandte Stod, für die Justiz der Vorsitzende der demokratischen Fraktionen Dr. Müller genannt. Der Finanzminister Brandendorfer soll auf seinem Posten verbleiben.

Preußische Landesversammlung.

nz. Berlin, 27. Mai.

Das Haus war kaum halb befüllt. Bei der fortgesetzten Beratung des Gesetzentwurfs zur Aufhebung der Druckschulinspektionen betont

Abg. Kimpel (Dem.): Die Vorlage löst das Versprechen der Regierung nur teilweise ein. Sie hebt zwar die Druckschulinspektion auf, enthält aber noch nicht die völlige Aufhebung der Druckschulinspektion. Wir werden für kein Gesetz an haben, das trotz der Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht durch eine Hintertür die Geistlichkeit wieder in die Schule einläßt und dort regieren läßt. Herr Minister, werden Sie hart!

Abg. Ping-Barmen (Deutschnat.): Die geistliche Schulaufsicht ist durch die Verhältnisse überwunden. Die Revision dieses Kampfs zwischen Kirche und Schule wird das richtige Vertrauensverhältnis zwischen beiden Einrichtungen herstellen.

Abg. Böhm (D. Sa.): Die Vorlage verwirklicht eine Forderung der national-liberalen Partei, deren Nachfolger wir sind. Wir begrüßen den Entwurf und sehen darin keinen Anstoß gegen die Kirche.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Die Lehrer werden wohl sehr erheitert sein, als sie die Vorrede des Ministers auf die geistlichen Druckschulinspektoren gelesen haben, von denen die Lehrer oft in Verzweiflung und Tod getrieben worden sind. Die Druckschulinspektoren sollten aus dem Wohl der Lehrer und Schüler hervorgehen.

Kultusminister Böhm: Die Reformbedürftigkeit des Kultuswesens erkenne ich an. Es finden bereits Beratungen über die Frage der kollektionalen Schulleitung im Ministerium statt. Die Einführung der hauptsächlich im Ministerium durch Fachmänner läßt sich zu meinem Bedauern aus finanziellen Rücksichten nicht überall durchführen. Ich halte die Politik Hoffmanns und seiner Partei für ein schweres nationales Unheil. (Lärm bei den Unabhängigen.) Aber ich werde persönliche und sachliche Dinge auseinanderhalten. Unhaltende Unruhe bei den Unabhängigen.)

Abg. Klingemann (Deutschnat.): Die Druckschulinspektion ist nicht so schlimm gewesen, wie sie hier gemacht wurde. Dem Kultusministerium gebe ich den Vorzug vor der kollektionalen Schulleitung.

Abg. Abwig (Soz.): Die Zusammenfassung aller Beschlüsse über die geistliche Schulaufsicht würde ein starkes Stück sein.

Die kurze weitere Debatte über die Vorlage geht diese in die auf Nebenunterschiede Mitglieder verstärkte Unterkommission.

Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr: Formliche Anfragen und Antw.

Die Regierung Koltischak.

nz. Versailles, 27. Mai.

Von der nationalistischen Presse wird heute wiederum auf die Anerkennung der Regierung Koltischaks gedrängt. Der „Petit Parisien“ erklärt: Es wäre ein Akt der politischen Klugheit, Koltischak anzuerkennen und dadurch Rußland die Möglichkeit zu geben, auf der Pariser Konferenz seine Stimme hören zu lassen und sich zu verteidigen. Zweifellos haben sich alle entente-freundlichen Russen für Koltischak erklärt. Der „Figaro“ erklärt: Damit der Friedensvertrag vollwertig sei, müsse er auch den Wiedereintritt Rußlands in den europäischen Kongress umfassen. Die Anerkennung Koltischaks sei tatsächlich von den Alliierten als nötig erkannt worden. Selbst die vernünftigen französischen Sozialisten würden sich bald damit abfinden. Das russische Experiment müßte den Sozialisten doch gezeigt haben, daß die gefunden Grundlagen ihrer Lehre mit den absurden Formeln der Diktatur des Proletariats unvereinbar sei.

In Rußland bestehen zur Zeit, soweit man hier unterrichtet ist, vier Regierungen, die Sowjetregierung, und als Gegenregierungen, die aber auch unter sich uneins sind, die Regierung Koltischak, eine Regierung in Archangel und eine in Jekaterinodar. Admiral Koltischak hat sich früher einmal für die gemäßigten sozialdemokratische Richtung erklärt; welche Richtung er jetzt einnimmt, ist nicht hier bekannt.

Die Niederlage der Bolschewisten im Baltikum.

nz. Riga, 26. Mai.

Die bolschewistische lettische Armee zieht sich unter Zurücklassung einer großen Menge Geiseln in südlicher Richtung zurück. Die Front verläuft jetzt von der Mündung der Ostländischen Na über Rodenwald-Gut Aurenhof an der Düna-Valdehn-Groß-Eben nach Vaus. Durch das schnelle Vordringen der Landeswehr wurde der bereits gegebene Befehl, in Riga mehrere hundert politische Gefangene, hauptsächlich vom baltischen Adel, zu erschließen verhindert. Die Bolschewisten erschossen im letzten Augenblick noch neun Soldaten und etwa 20 Frauen aus Riga. Fast alle je ne rait aus Mitau vertriebenen Personen, sind, soweit sie nicht vorher erschossen wurden, in Riga befreit worden. Terror und Hungernot in Riga überwiegen alle Fortschritte. So kostete ein Pfund Brot 32 M., ein Pfund Butter 120 M. und ein Zentner Kartoffeln 1000 M. — Der Minister Medvedev ist mit der amerikanischen Mission für einige Tage nach Riga gefahren. Heute Nacht soll der frühere Ministerpräsident Usmant in Verkleidung dorthin gefahren sein.

Die rheinische Republik.

nz. An der gestrigen Sitzung der preussischen Nationalversammlung gab der Zentrumsdas. Herold eine Erklärung seiner Partei über das Vorgehen der Abg. Koltischak und Kerkert in Sachen der Bildung einer rheinischen Republik ab.

Wie die „Rheinische Zeitung“ meldet, hat auf das bloße Gerücht hin, in Koblenz sei die rheinische Republik ausgerufen worden, unter der Kölner Welterkennung eine Bewegung gegen die Aufrüstung eingesetzt.

Bestimpfung Nosies in Hamburg.

Nach Meldungen eines Berichterstatters wollte Reichswehrminister Noske in Hamburg zu Verhandlungen wegen der Uebernahme der 12000 Mann starken Hamburger Volkswehr in die Reichswehr und auf den Reichsbesitz. Während der Verhandlungen im Rathaus hatten sich Kriegsbeschädigte und Lazarettinsassen zu einer Demonstration zusammengefunden und drangen in das Rathaus ein, wo sie mit Noske zu verhandeln verlangten, der, als er mit ihnen Rücksprache nehmen wollte, bestimpft wurde. Die Eindringlinge, etwa 100 an der Zahl, raubten in der Garderobe Kleidungsstücke und Waffen. Später gelang es dem Minister Noske, der von dem Balkon des Rathauses aus zu der Menge sprach, diese zu beruhigen und die vernünftige Mehrheit der Demonstranten zum Abzug zu bewegen. Er versprach den Kriegsbeschädigten und Lazarettinsassen Verpflegung ihrer Forderungen. Anfohle dieser Zusagen konnten die die Volkswehr betreffenden Verhandlungen nicht weitergeführt werden. Reichswehrminister Noske verließ abends Hamburg wieder.

Weitere Zuständnisse.

nz. Die Pariser Ausgabe des „New-York Herald“ meldet: Einer autoritativen Quelle zufolge sollen weitere Zuständnisse an Deutschland gemacht werden. Man wird Deutschland wahrscheinlich erlauben, ein größeres Heer zu halten als die ursprünglich im Friedensvertrag vorgesehenen 100000 Mann, da man der Ansicht ist, daß 100000 zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland nicht genügen. Deutschland soll einen Sitz im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts erhalten, aber erst nach Abhaltung des Washingtoner Kongresses im Oktober.

Die deutschen Gegenentwürfe.

nz. Eine amtliche Meldung aus Berlin sagt: Der allgemeine Teil der deutschen Gegenentwürfe an die alliierten und assoziierten Regierungen behandelt im ersten Abschnitt die Rechtsgrundlage der Friedensverhandlungen. Die deutsche Delegation trat an die Aufgabe des Friedensschlusses im der Rechtsüberzeugung heran, daß der wesentliche Inhalt des künftigen Friedensvertrages schon durch die Vorkriegsverträge in seinen Grundzügen bestimmt und damit für die Verhandlungen von Versailles eine sichere Plattform gegeben ist. Die Tatsachen auf welche diese Rechtsüberzeugung sich gründet, werden rekapituliert. — Aus dem Notenwechsel, der zu dem Waffenstillstand am 11. November 1918 geführt hat, geht hervor: 1. Deutschland hat ausdrücklich für den Frieden die vierzehn Punkte Wilsons und seine späteren Grundgedanken angenommen. Andere Grundgedanken hat weder Wilson noch irgend eine andere der alliierten Regierungen nachträglich gefordert. 2. Die Annahme der alliierten Waffenstillstandsbedingungen sollte nach Wilsons eigener Versicherung der beste Beweis für die unabweisbare Annahme der oben erwähnten Grundbedingungen und Grundgedanken für den Frieden seitens Deutschlands sein. Deutschland nahm die alliierten Waffenstillstandsbedingungen an, führte sie trotz ihrer furchtbaren Härten mit allen Kräften durch, führte damit den von Wilson geforderten Beweis und erwarb dadurch ein vertrauenswürdiges Anrecht auf einen Frieden des Rechts. 3. Die Alliierten haben ebenfalls die vierzehn Punkte Wilsons und seine späteren Grundgedanken als Friedensgrundlagen an. 4. Es besteht also zwischen beiden Parteien eine festerliche Vereinbarung über die Friedensgrundlagen. Deutschland hat ein Anrecht auf diese Friedensgrundlagen.

Am Dienstag, den 27. Mai, nachmittags 3 Uhr, ist in Versailles der deutsche Gegenentwurf an den Friedensbedingungen der Verbündeten überreicht worden. Auf Grund zuverlässiger Mitteilungen abt die „Abn. Volksztg.“ in Kürze die wesentlichen Grundgedanken im Folgenden wieder: Die deutschen Gegenentwürfe enthalten eine sogenannte Mantelnote, in der in kurzen Zügen prinzipielle Darlegungen gegeben werden. Das ganze Werk, das 88 Schreibmaschinenseiten umfaßt, soll der neutralen Welt und den Gegnern zeigen, wie der Friede aussieht den Deutschland will. Die einzelnen Bestimmungen dieses Vertrages sind außerst schwer und treffen das deutsche Volk bitter.

Zunächst wird den Gegnern in Erinnerung gebracht die vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson und die Note Lansing vom 5. November 1918, auf die sich beide vortragende Teile stützen.

Dann beginnt die Aufzählung der einzelnen deutschen Gegenentwürfe, an deren Spitze die sofortige Annahme Deutschlands in den Völkerbund steht. Es wird die wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle Glieder des Völkerbundes verlangt. Deutschland opfert seinen Völkerbundentwurf und nimmt den der Alliierten an. Deutschland erklärt sich bereit, sofort die Abrüstung durchzuführen, wonach es die Bedingungen erfüllt, daß auch die Verbündeten in zwei Jahren ihre Rüstungen aufräumen. Deutschland bebt die Wehrpflicht auf und ist entschlossen, nicht mehr als 100000 Mann als Freiwilligenkontingente unter den Waffen zu halten. In der Uebergangszeit soll es allerdings eine größere Präsenzstärke besitzen. Deutschland stellt auch die ganze Rote zur Verfügung. Nach dem bisherigen Entwurf nicht abgelehnt werden muß. Als Ausnahme gelten nur einige Panzerkreuzer und Torpedoboote.

Anhang auf territoriale Fragen wird darauf verwiesen, daß kein Land ohne den Willen seiner Bevölkerung von einem Staate losgerissen und einem anderen angefügt werden könne. Wenn in den Verhandlungen über deutsche Grenzgebiete keine Einigung erzielt wird, so wird Deutschland nur dann in eine Volkslösung einwilligen, wenn auf Grund eines Votumsverfahrens, das dem für die Nationalversammlung entspricht, unter neutraler Kontrolle die Volksmeinung ermittelt wird.

Auch für Elsass-Lothringen verlangen wir eine Abstimmung des Volkes darüber, ob es zu Frankreich will, oder ob es ein autonomer Staat werden möchte. Für Oberloren soll die Wilsonsche Formel nicht angewendet werden, weil die Bevölkerung dort nicht abgetrennt werden sollte. Bezüglich Polens steht die Reichsregierung mit ihren Gegenentwürfen auf dem Standpunkt, daß das durch die Demarkationslinie abgetrennte Gebiet zu Polen gehören wird. Das Gebiet unterhalb der Demarkationslinie ist unbestreitbar deutsch. Es wird der Nachweis erbracht, daß in Westpreußen die Bevölkerung zwischen 85 bis 98 Prozent deutsch ist. Wir sind bereit, auch darüber abstimmen zu lassen. Für Danzig ist das gar nicht nötig, da Deutschland bereit ist, einen Freihafen zu schaffen und ferner eine Weichselmündung zu errichten für alle an der Weichsel interessierten Staaten. Bezüglich des Saargebietes ist die deutsche Stellung klar, ebenso auch für Eupen und Malmédy.

In ihrem Friedensvertrag ist die Reichsregierung dafür besorgt, daß die Räumung des besetzten Gebietes in kürzester Zeit erfolgen solle. In sechs Monaten sollte sie vollzogen sein. Deutschland ist bereit, die weitestgehenden Bürgschaften zu leisten, wozu a. B. gehören die Verpfändung von Reichsvermögen, von Kapitaleinkünften, von Einkommensteuern, von Domänen, Forsten und von Bergwerken.

